

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementpreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Versand ohne Zustellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Postband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsleiter: Kurt Norden 2806 und 2806.

Inserate sollen bis acht Uhr abends, Nonparillzeiten oder deren Raum 1,20 M., Wochenspannen das selbstdruckte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leertext pro Zeile 50 Pf. Familien- und Vereinstarifen gelten für die Familien- und Vereinstarifen. Insetats für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsleiter: Kurt Norden 2765

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ultimatum der Entente an Ungarn.

Gegen die ungarische Räteregierung!

Paris, 7. Juni.

Der Präsident der Friedenskommission Clemenceau hat die ungarische Regierung in Budapest folgendes kryptisches Telegramm gerichtet: Die alliierten und assoziierten Regierungen sind im Begriff, die Vertreter der ungarischen Regierung nach Paris zur Friedenskonferenz zu laden, um dort die Mittelung der Anschauungen über die geänderten Grenzen Ungarns entgegenzunehmen. Dies geschieht heute in dem Augenblick, da die Ungarn gegen die Tschechoslowaken ungerechtfertigte Angriffe unternommen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben indes bereits ihren festen Willen kundgetan, all diesen unzulässigen Feindseligkeiten ein Ende zu setzen, indem sie einmal den rumänischen Armeen, die die im Waffenstillstand vorgesehenen Grenzen überschritten hatten, Halt geboten. Unter diesen Umständen wird die Budapest-Regierung sofort eingeladen, unverzüglich ihren Angriffen gegen die Tschechoslowaken ein Ende zu setzen, wibrigens die verbündeten und assoziierten Regierungen fest entschlossen sind, sofort zu den äußersten Mitteln zu greifen, um Ungarn zur Einstellung der Feindseligkeiten zu zwingen. Die Verantwortung dieses Telegramms hat innerhalb einer Frist von 48 Stunden zu erfolgen.

Der Eindruck des Ultimatum in Budapest.

Budapest, 8. Juni mittags.

Die Funksprünge Clemenceaus hat ein gewaltiges Aufsehen erregt. Der revolutionäre regierende Rat hat sich heute vormittags zu einer Sitzung versammelt. Einige Volkskommissare vertreten die Ansicht, daß infolge der Erfolge der ungarischen Räteregierung, fernst mit Betracht des Fortschritts der bolschewistischen Ideen unter den französischen Truppen an der ungarischen Front, die Rote unbeantwortet gelassen und der Kampf aufgenommen werden müßte. Andere Mitglieder der Regierung, vor allem Béla Kun, sind dagegen der Ansicht, daß die Rote angenommen werden müßte, weil darin die Bereitwilligkeit der Friedenskonferenz ausgedrückt ist, die ungarische Räteregierung anzuerkennen. Bis zu dieser Stunde, Sonntag mittags, hat jedoch das Kommando noch keinen Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten erhalten.

Weitere Erfolge der roten Truppen.

Budapest, 8. Juni.

Aus dem Hauptquartier der roten Truppen wird mitgeteilt: Unsere Truppen haben Alföld, Szarvas-Abel und Békés besetzt. Die Abteilungen des ersten Armeekorps bewegen im Tale des Waag gegen den wichtigsten Eisenbahnknotenpunkt Bóna vor. Die Tschechen leisten nirgendwo Widerstand. An einigen Stellen begegnet unsere vorkämpfenden Truppen französische Kolonialtruppen. An der rumänischen Front wurden die Russen auch bei Tokaj gezwungen, sich auf das linke Ufer der Theiß zurückzuziehen. An der Südfont lebhaften Bewegungen bei den französischen Truppen, die möglicherweise auf einen bevorstehenden Angriff hinweisen lassen. Die ungarische Gegenregierung in Siegen hat auf Ansuchen zwei Divisionen aufgestellt, die sich den Truppen General Fraucher d'Esperay angeschlossen haben.

Die Flucht Bogels.

Auffälliges Schweigen der Untersuchungsbehörde.

Wir haben den zuständigen Stellen eine ganze Reihe von Tagen Zeit gelassen, unsere Kräfte über die Flucht Bogels an der Flucht Bogels zu verfolgen, in der Annahme, daß man die Öffentlichkeit baldmöglichst von dem Ergebnis der Nachforschungen unterrichten werde. Aber anscheinend besteht für unsere Mitteilungen kein allzu großes Interesse. Denn obwohl die Öffentlichkeit mit Spannung auf diese Mitteilungen wartet, ist bisher keine Veröffentlichung erfolgt. Insbesondere hat es die Untersuchungsbehörde bisher nicht für nötig gehalten, mitzuteilen, wie es mit den Ermittlungen über den Lauf des Autos für Bogel und der Ueberweisung des Geldes dafür auf das Bankkonto der Frau Lara Nankow steht. Um nun die gewiss außerordentlich schwierige Aufgabe der Untersuchungsbehörde zu erleichtern, möchten wir heute

mitteilen, was sie einerseits wohl selbst hätte schon, allerdings nur bei größter Anstrengung, feststellen können, daß das Konto der Frau Lara Nankow bei der Deutschen Bank, Depositenkasse Kurfürstendamm 188-9, unterhalten wird.

Wir sind gewiß, daß das Edenhotel und Herr Roske und für diesen Hinweis sehr dankbar sein werden und sicherlich mit Freunden bereit sind, unsere Kräfte sofort zu verfolgen und der Öffentlichkeit entsprechende Mitteilungen zu machen, sofern wir zu weiteren Veröffentlichungen gerne bereit sind.

Alle Vorbereitungen getroffen.

Wir sind in der Lage, folgenden bezeichnenden Geheimbefehl zu veröffentlichen:

Geheim.

Brigadefehl.

1. Nach Mitteilung des Generalkommandos kann mit neuen Krühen in Berlin gerechnet werden.
2. Eine Verteidigung der Unterkünste der Abwicklungsstellen durch die Reichwehr ist ausgeschlossen.
3. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Heeresangehörigen — alsich, ob Kapitulanten, Freiwillige oder auf Grund der Bestimmungen Zurückgehaltene — zur Verteidigung ihrer Kasernen verpflichtet sind.

Wer sich dieser Verpflichtung entzieht, zieht aller ihm aus seiner Stelle erwerbender Rechte und Ansprüche auf alle Zeit verlustig.

Sogenannte Neutralitätserklärungen werden von der Regierung keineswegs anerkannt werden. Vielmehr hat die Reichwehr Befehl, gegen „neutrale“ Kasernen als Feinde vorzugehen; ihre Besatzung wird nach Kriegsrecht behandelt werden.

Alle in Betracht kommenden Angehörigen der Abwicklungsstellen sind baldigst in geeigneter Weise über diese Riffer des Befehls zu unterrichten.

4. Ich ersuche Major v. Rosen berg unter Begunahme auf meinen Befehl I/2074 geh. vom 22. 5. 19, alle Verteidigungsmaßnahmen nunmehr beschleunigt durchzuführen. (Verteidigungsvorschrift, Kräfteverteilung, Ausbildung, Probearm und sonstige Vorübungen.) Die hierzu erforderliche Zeit muß — nötigenfalls auf Kosten der Schreibarbeit — unbedingt erübrigt werden.
5. Ich sehe dem Vortrage des Maj. v. Rosen berg am 11. d. Mis. entgegen.

gez. v. Fabea.

Für die Wichtigkeit
Unterschrift unleserlich.
Hauptmann und Adjutant.

Zur Erläuterung dieses Befehls weisen wir darauf hin, daß „Abwicklungsstellen“ diejenigen Stellen sind, denen die Erledigung der Angelegenheiten des alten Heeres obliegt. Auch sie sollen, obwohl ihnen nur rein geschäftsmäßige Funktionen oder höchstens der Wachdienst obliegt, zum Kampf gegen den inneren Feind gezwungen werden. Und das auch gegen ihren Willen, denn „sogenannte Neutralitätserklärungen werden von der Regierung keinesfalls anerkannt werden“.

Teilweise Beendigung des Streiks in Duisburg.

Duisburg, 7. Juni.

Nach den Beschlüssen der gestrigen Konferenz der Arbeitervertreter und Vertreter des Generalkommandos im Beisein des Reichskommissars Severing, die mit einer weitgehenden Milderung des Belagerungszustandes endete, ist heute auf fast allen Werken die Arbeit wieder aufgenommen worden, so daß der Streik als beigelegt angesehen werden kann. Wegen Differenzen in der Bezahlung der Streiktage verharren dagegen die Straßenbahner noch im Ausstand.

Das Vorgehen der Regierung.

Aus der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums.

Die oft erwähnte Denkschrift des Ministers Wiffell ist natürlich außer dem Reichspräsidenten und dem Kabinett auch der Redaktion der „Freiheit“ überreicht worden. Wir haben ebenso wie die beiden anderen Instanzen bisher die Dessenlichkeit nur auszugweise über dieses interessante Dokument unterrichtet; bei dem großen Interesse, das die Denkschrift bietet, wollen wir aber dem immer dringender werdenden Verlangen der Dessenlichkeit nach eingehenderer Information gern entgegenkommen, besonders da die amtlichen Stellen eine Veröffentlichung nicht beabsichtigen.

Für heute beschränken wir uns auf die Wiedergabe des kritischen Teiles, den wir für recht wertvoll und nur zu sehr begründet halten, während wir den positiven Vorschlägen des Ministeriums zur Einführung einer „gebundenen Blamwirtschaft“ aus den Gründen, die wir kürzlich entwickelt haben, prinzipiell ablehnend gegenüberstehen. Wir geben zunächst die wichtigsten Stellen aus dem Vergleichsreiben Wiffells wieder:

Es wäre eine tröstliche Aussicht, wenn die nächsten Wochen, welche die Entscheidung über den Frieden bringen müssen, nicht auch auf innerpolitischem Gebiete mit entschlossenerem Taten ausgefüllt werden sollten. Deutschland kann sein künftiges Schicksal in nichts anderem als in ernsthafter Arbeit an sich selbst suchen. Das Volk muß geleitet werden, daß es die seiner Kräfte aufwärts zu wenden vermag.

Die Friedensbedingungen sind fürchterlich hart und man sieht nicht ab, wie sich unter einem solchen Frieden überhaupt ein menschenwürdiges Leben für das deutsche Volk wieder entwickeln könnte. Aber es hilft nichts, wenn sich Deutschland auf den Entrüstungssturm eines bergewaltigen Volkes beschränkt. Wir müssen zugleich mit Ernst die Frage erörtern, wie Deutschland das Unrecht trägt tragen soll. Wenn es ihm vom Schicksal zu tragen auferlegt wird. Die äußere Macht Deutschlands ist restlos zusammengebrochen. Soll nicht die deutsche Wirtschaft, die durch diese harte Schule geschüttelt und gediebt, völlig schuldlos sein, so muß sie ihre innere Organisation so viel wie möglich erheben. Die Rot des Landes treibt mit zwingender Gewalt zur Gemeinwirtschaft. Die Aufgabe, die das Schicksal dem deutschen Volke gestellt hat, läßt sich nur lösen in dem Geiste der Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze. Mit dieser Idee müssen wir zu wirken suchen. Dringt sie durch, so kann schließlich auch nicht ausbleiben, daß Deutschland über kurz oder lang seine volle Freiheit und Gleichberechtigung, vielleicht sogar seine Führerschaft wieder gewinnt.

Nicht eindringlich genug kann ich die Bitte aussprechen, sich sobald und entschieden wie möglich auf den Boden eines klaren gemeinschaftlichen Programms zu stellen, wie es in den Anlagen entwickelt ist.

Ich würde dankbar sein, wenn zunächst bald eine Beschlusfassung des Kabinetts über das Wirtschaftsprogramm und die ihm beigelegten Richtlinien zu Gesetzentwürfen herbeigeführt würde.

Aus der Denkschrift selbst, die vom 7. Mai datiert ist, lassen wir nunmehr die ersten Abschnitte folgen:

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß das Kabinett von Tag zu Tag Teile seines Vertrauens in der Bevölkerung einbüßt. Darüber darf die Tatsache nicht hinweggesehen werden, daß die Stellung des Kabinetts, rein politisch betrachtet, durch das Bestehen einer parlamentarischen Mehrheit bis auf weiteres gesichert erscheint.

Wenn schon keineswegs bestritten werden soll, daß eine Reihe von unabänderlichen und unerschuldeten Umständen diese Annäherung des Volkes bewirkt hat, so läßt sich dennoch nicht leugnen, daß für gewisse Schwierigkeiten die Regierung und die ihr zugrunde liegende Parteikoalition mitverantwortlich sind. Sicherlich wird beispielsweise durch die Erbschaft eines verlorenen Krieges und durch den Hoang monatelangen Wartens auf einen schlechten Frieden das Regierungsgeschäft unerträglich erschwert; aber ebenso gewiß läßt sich auch sagen, daß das Volk zu der Klage berechtigt ist, von der Regierung sei nicht jede Gelegenheit ausgenutzt worden, um das jeweils erreichbare Beste durchzuführen.

Um nach Möglichkeit in letzter Stunde die Weiterentwicklung zur Katastrophe auszuhalten, fällt sich das Reichswirtschaftsministerium verpflichtet, in aller Offenheit seine Kritik darzulegen und Abhilfemaßregeln vorzuschlagen.

Das Reichswirtschaftsministerium hat sich schon mehrmals erlaubt, auf Konstruktionsfehler der Behörden

Organisation ungewissen, doch zeigten die maßgebenden Stellen der Reichsregierung wenig Neigung, Einheitlichkeit in die wirtschaftspolitische Betätigung des Reichs zu bringen. Es gelang dem Reichswirtschaftsministerium ungeachtet stets erneuter Vorstellungen und energischer Wahrung seiner Stellung nicht, die wirtschaftspolitischen Kompetenzen der verschiedenen obersten Reichsbehörden ganz zu klären. Waren auch die verschiedenen militärischen Stellen, die während des Krieges sich wirtschaftspolitisch betätigt hatten, in dem Demobilisationsamt vereinigt, so blieb die Wirtschaftspolitik im übrigen systemlos auf Reichswirtschaftsministerium, Ministerium des Auswärtigen, Schatzministerium, Arbeitsministerium, Reichsernährungsministerium verteilt. Hinzu trat als ein neuer wirtschaftspolitischer Faktor die Weissenhof-Kommission. Und bei der Kabinettsbildung wurde das Schatzamt in Finanzministerium und Schatzministerium geteilt. Der bei dieser verworrenen Geschäftsbereitstellung die Verantwortung für das Gesamtgebiet der Wirtschaftspolitik eigentlich trägt, ist völlig unklar. Eine einheitliche Wirtschaftspolitik ist bei dieser Sachlage ganz unmöglich. Und dabei handelt es sich nicht um reine Kompetenzfragen. Innerhalb der Kompetenzen stehen vielmehr grundsätzlich die Divergenzen in der wirtschaftspolitischen Auffassung der einzelnen Ressorts und ihrer Leiter.

Der im Volke allgemein fühlbare Eindruck organisatorischer Unklarheit wirkt äußerst unheilvoll und etwade geradezu den Anschein, als werde das Regieren mehr denn je als Selbstzweck statt als Mittel zum Zweck betrieben. Sachliche Gesichtspunkte würden es ohnehin geboten erscheinen lassen, die Zahl der Reichsministerien zu vermindern und ihr gegenseitiges Verhältnis scharf abzugrenzen. Die sofortige Zusammenlegung mittlerer und unterer Reichsämter, Kriegesgesellschaften usw. und schließlich die unvermeidliche Verbesserung des Beamtengesetzes mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden Entbürokratisierung der Regierungsmaschine wird durch die Berhältnisse dringend gefordert.

Die Lösung dieser Aufgaben hängt nicht von der Überwindung äußerer Hindernisse ab, sondern bedarf lediglich des Entschlusses, innere Widerstände im Schoße der gesetzlichen Körperschaften zu beseitigen. Daß solche Widerstände, durch das parlamentarische System nicht geschwächt, sondern verstärkt werden, verkennt das Reichswirtschaftsministerium durchaus nicht. Aber gerade in dieser Laufsache erblickt es eine entscheidende Gefahr; in einer Zeit wie der jetzigen kann der Sinn des demokratischen Prinzips dadurch in sein Gegenteil verkehrt werden, daß man auf grundsätzliche Auseinandersetzungen verzichtet, nur um den Zusammenhalt der Mehrheit nicht zu gefährden.

Das liegt in den Schwierigkeiten, die einem Koalitionskabinetts erwachen, die darin begründet sind, daß man von solchen grundsätzlichen Auseinandersetzungen absieht, nur um den Zusammenhalt der Koalition nicht zu gefährden.

Eine derartig zusammengehaltene Koalition muß jedoch über kurz oder lang versagen, indem sie sich als Programm- und ideenlos erweist und dann plötzlich dem Ansturm irgendwelcher Minderheit unterliegt.

Was bisher im Rahmen der programmlos vorgehenden Koalition an wirtschaftlichen und sozialen Proklamationen erfolgt ist, trägt den Stempel des Kompromisses an sich und begegnet im Lande Zweifeln an der Echtheit der Gesinnung.

Bei dem Fehlen eines klaren unabweichenden Programms des Kabinetts gerade auf innerpolitischen und wirtschaftlichen Gebieten ist jede Art von Hochpolitik und im Sinne des Reichswirtschaftsministeriums besonders die Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zu kurz gekommen, oder mit anderen Worten: dem demokratischen Prinzip zuliebe hat der Sozialismus schwer gelitten. Es ist allerhöchste Zeit, diesen Fehler wieder gutzumachen, wenn anders man den Sozialismus nicht wilden anarchistischen Experimenten überliefern und oben drein die Demokratie einbüßen will.

Man kann nicht einwenden, es dürfe an der scheinbaren Einheit des Kabinetts nicht vor dem Friedensschluß gerüttelt werden, denn gerade die Friedensverhandlungen selbst und die daran hängenden Entscheidungen für oder wider die Annahme des gegnerischen Angebotes erfordern sofortige prinzipielle und programmatische Haltung des Kabinetts. Vor der Weltgeschichte würde keine Kusluchi standhalten, die etwa versuchte, die eigene Schwäche auf die feindliche Überlegenheit abzumägen. Deutschland kann gerade auf wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Gebiet starke Kämpfe ausfechten, sofern es nach einem einheitlichen Plan verfährt.

Wer durch ein Gemisch von Meinungen, wie es alljährlich in den Erörterungen zwischen Weissenhof-Kommission, Reichsfinanzministerium, Reichsernährungsministerium, Auswärtigem Amt und Reichswirtschaftsministerium zutage tritt, ohne jemals ganz geklärt zu werden, wie sich Deutschland auf Jahrzehnte hinaus schwer schädigen. Hier helfen keine Instruktionen über Einzelheiten. Hier hilft ausschließlich ein prinzipielles Programm. Und hier, wo Deutschland als Schuldner, als Käufer und als sozialistischer Bahnbrecher über ansehnliche Anleihe verfügt, mußte Verzicht auf ein Programm schuldhafter Verschuldung an sich selbst.

Agrarische Freiheiten.

Vor einigen Tagen hat der Brandenburgerische Landbund dem Reichsernährungsamt folgende Forderungen unterbreitet:

1. Die restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft für alle Produkte aus der neuen Ernte, für Milch, Butter und Vieh aber, mit Wirkung vom 1. August 1919 ab.
2. Bis zur restlosen Aufhebung der Zwangswirtschaft die Festsetzung folgender Preisbestimmungen mit sofortiger Wirkung:
 - a) Für das gesamte Schlachtwieh (Rindvieh, Schweine und Schafe) eine Erhöhung der jetzigen Preise um 100 Proz.
 - b) Für die Milch eine Erhöhung auf 0,80 M. für den Liter ab Stall.
 - c) Für die Butter eine Erhöhung auf 8 M. pro Pfd.

Hinsu wurde folgende Drohung ausgesprochen: Wenn diese Forderung ebenso wie die vielen schriftlichen und mündlichen Eingaben und Proteste, die in den letzten Monaten gemacht worden sind, von Seiten der Regierung keine ausreichende Berücksichtigung finden, sind die Führer der Bauernschaft nicht mehr in der Lage, die Massen von planloser Gewalttätigkeit abzuhalten und damit müssen sie auch die Verantwortung für die hieraus entstehenden Folgen übernehmen.

Bei einer Unterredung der Vertreter des Landbundes mit dem Reichsernährungsminister Schmidt hat dieser

die Forderungen rundweg abgelehnt, da der Antrag lediglich aus dem Beweggrund gestellt sei, die Landwirte zu bereichern.

Diese Antwort hat die Entrüstung aller Agrarier und der ihnen nahestehenden politischen Kreise hervorgerufen. Aber auch die liberalen Blätter beteiligen sich an den Entrüstungsausdrücken gegen Schmidt, da ihnen seine Stellungnahme zur Bauernwirtschaft noch nicht weitgehend genug ist.

Daß Schmidt diese unerschämten Preisforderungen der Landwirte rundweg ablehnte, halten wir für eine Selbstverständlichkeit. Wir möchten aber trotzdem betonen, daß wir uns genau so wenig wie mit der Freigabe des Eisenhandels, mit der Freigabe der Hahnenwirtschaft, mit dem Entschließen erklären können, die Schmidt im neuen Erntejahr durchführen will. Es ist falsch anzunehmen, daß die agrarischen Kreise oder Handelskreise mit solchen Zugeständnissen irgendwie befriedigt werden, im Gegenteil, wie das Vorgehen des Landbundes zeigt, schöpfen sie daraus nur neue Kraft zu ihrem Vorgehen gegen die Zwangsbewirtschaftung.

Gegen die Militärjustiz!

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung befahte sich am Freitag in einer längeren Sitzung wiederum mit dem Verfassungsentwurf. Beim Abschnitt Rechtspflege entstand eine längere Erörterung über die Abschaffung der Militärjustiz. Abg. Dr. Singheimer (Soz.) stellte den Antrag, die Militärjustiz abzuschaffen, da das Rechtsgefühl des Volkes durch die Militärgerichte schwer erschüttert sei. Genosse Dr. Oskar Cohn stellte folgenden Antrag:

„Die Gerichtsbarkeit wird auf Grundlage des Gesetzes durch Volksgerichte ausgeübt; ihnen allein sind auch die Personen des Soldatenstandes unterworfen. Militärgerichte und Ausnahmeegerichte sind verboten. Das Nähere bestimmt das Gerichtsverfassungsgesetz.“

Genosse Cohn betonte dabei, daß sein Antrag Wert darauf lege, daß die Gerichtsbarkeit auf Grund des Gesetzes auszuüben sei, was bisher namentlich bei den Militärgerichten nicht geschehen sei. Den bürgerlichen Gerichten müßten auch die Soldaten unterstellt werden, und die Gerichte müßten anders zusammengesetzt werden, als es bei der bisherigen Organisation möglich gewesen sei. Auch die „Frankfurter Zeitung“ sei dafür eingetreten, daß die Militärjustiz in jeder Form beseitigt werde. Sie sei jetzt noch für die Militärgerichte einzulegen, sei von den Demokraten ein schwerer politischer Fehler.

Trotz der ungeheuren Willkürakte, die sich die Militärgerichte in allerletzter Zeit zuzuschulden kommen ließen und trotz der Tatsache, daß sie amputierten des Liebesrechts-Prozesses und des sich daran anschließenden Skandals der Flucht Bogels und des Oberleutnants Marlow geradezu zur Farce geworden sind und jedes gesunde Rechtsempfinden des Volkes verhöhnen, waren die Demokraten für eine Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit nicht zu haben. Der Abg. Dr. Oskar (Soz.) ergänzte dann den sozialdemokratischen Antrag noch dahin, daß die Militärjustiz aufzuheben sei, mit Ausnahme von Kriegeszeiten — ein sehr beherrschbarer Begriff! In dieser Form wurde dann der Antrag angenommen.

Die Friedensbedingungen.

Deutschlands Entschädigungsleistung.

Paris, 8. Juni.

„Motin“ meldet, daß der Biererrat am Sonnabend den Bericht Doudeaus entgegennahm, der erklärte, daß es schwierig sei, mit Genauigkeit den Plan der Entschädigung, die Deutschland zu leisten habe, vorherzusagen. Besonders besäulich des Wiederaufbaus der zerstörten Immobilien sei eine Festsetzung nicht gut möglich, man könne keine annähernde Zahl feststellen, ohne Gefahr zu laufen, daß Frankreich zu den Kriegsschulden einen Teil der Schäden übernehme.

Zur Annexion Eupens und Malmedys.

Amsterdam, 9. Juni.

Zur Annexion von Eupen und Malmedy bringt der „Brüsseler Peuple“ einen Artikel von de Brouckere, in dem die Annexion der beiden Kreise mit der Mahnung, daß die Einwohner das Recht haben sollen, innerhalb von sechs Monaten in überwachten Listen zu protestieren, als Parodie einer demokratischen Bürgerschaft bezeichnet wird.

Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Brüssel, 7. Juni.

Der „Le Temps“ gibt eine Meldung englischer Blätter, wieder, bezugnehmend auf Deutschland im nächsten Oktober in den Völkerbund aufgenommen werden soll.

Die Streiklage in Frankreich.

Brüssel, 8. Juni.

Die Streiklage hat sich seit gestern Abend nicht geändert. Sie ist noch wie vor kritisch, um so mehr als die Verhandlungen zwischen den Metallarbeitern und ihren Arbeitgebern gescheitert sind.

Drohender Generalkstreik der Bergarbeiter.

Brüssel, 9. Juni.

Einer Meldung aus St. Etienne zufolge haben die Bergleute des Loarregebietes gestern vormittag beschlossen, nötigenfalls sofort den Generalkstreik zu erklären, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen.

Die C. G. T. für Völkerfrieden und Völkerbund.

Brüssel, 7. Juni.

Der geschäftsführende Ausschuß der Confédération Générale du Travail erklärt in dem heute veröffentlichten Aufruf, daß die Warnungen und Appelle der Arbeiterchaft an die Regierung und die Arbeitgeber nicht gehört wurden und daß infolgedessen zahlreiche Streiks in Paris und in der Provinz ausbrachen, die ihren Ursprung im Widerstand gegen den Nachschub und in der Forderung der Arbeitslosenunterstützung haben. Der wirtschaftliche Zustand dieser Bewegung sei klar und die Arbeitslosigkeit wolle ihr diesen Charakter bewahren.

An die Regierung und das Parlament richtet die Proklamation folgenden Botschaft: Ihr kennt die Genesung und

Angufriedenheit, welche in den augenblicklichen Zeiten nur durch den Durchbruch kommen. Sie sind die Folge einer Politik der Schwere und der Tatkraft, daß das feierliche Versprechen, welchem der Völkerfriede und ein fruchtbarer Zusammenarbeiten der Nationen in der Arbeit gesündigt wurde, nunmehr vergessen ist.

Protestkundgebungen gegen die Ermordung Levinés.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“)

Stockholm, 9. Juni.

Die Nachricht von der Hinrichtung von Leviné, die von der sozialdemokratischen Regierung Bayerns gebilligt ist, und von dem bevorstehenden Todesurteil über Toller erregt in vielen Sozialisten und humanen Menschen das Gefühl von Unschon und Entsetzen.

Als Vertreter einer Partei, die selbst unter völkerverwundlichen Terror gestitten und von der mehrere Mitglieder diesem Terror zum Opfer gefallen sind, ebenso als entschiedener Gegner der sozialistischen Bewegung in Deutschland, erhebe ich den allerstärksten Protest gegen die in Deutschland stattfindenden Hinrichtungen der Sozialisten. Diese Politik der Verweigerung der Gerechtigkeit in den Augen der Massen den völkerverwundlichen Terror und bereitet den Untergang des gesamten Sozialismus in Verwilderung und Barbarei.

Brüssel.

Vertreter der Menschheit im Internat. sozial. Bureau

Hannover, 9. Juni.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“)

Wegen der Ermordung Levinés fand heute eine große Protestversammlung statt mit anschließender großer Straßendemonstration. Es wurde eine Resolution angenommen, die den Rücktritt der Kompromittierten fordert und den Ausschluß aus den sozialistischen Parteien fordert. Sie fordert ferner die Abschaffung der Militärgerichte, des Scharrechts und des Belagerungszustandes.

Niedrige Gesinnung.

Angeblieh kein Streit aus Idealismus.

Die bürgerliche Presse gibt vielfach ihrer Entrüstung über den Proteststreik wegen die Hinrichtung Levinés freien Ausdruck. Ganz besonders geregt gerät Herr Paul Michaelis im „Berliner Tageblatt“, der von einer „Vergewaltigung der Berliner Arbeiterräte durch den Vollzugsrat“ spricht und erklärt, der Ausfall des Arbeitsverdienstes für den Streik habe die Mehrzahl der Arbeiter nur äußerlich nicht mit dem Herzen bei der Sache sein lassen.

Herr Michaelis meint außerordentlich schlecht über die wahre Stimmung in Arbeiterkreisen unterrichtet zu sein. Wer in Wirklichkeit die Stimmung dieser Kreise kennt, der weiß, daß bei allen Arbeitern jedweder Parteizugehörigkeit die Entrüstung über die Mordtat spontan zum Ausbruch kam. Es bedeutet eine zu erhörte Verleumdung des Idealismus der deutschen Arbeiter, zu behaupten, daß vorkapitalistische Gesinnungspunkte sie nicht mit dem Herzen bei dem Protest gegen die Ermordung Levinés sein ließen.

Solche Gesichtspunkte mögen allerdings für bürgerliche Kreise ausschlaggebend sein. Unsere Arbeiter aber hätten Komte Leviné für uns herben, so können wohl auch wir zu seinen Ehren auf den Verdienst eines Tages verzichten.

Widerwärtige Unfähigkeit.

Das „Berliner Tageblatt“ befindet sich mit seiner Ansicht über den Streik aber in „guter“ Gesellschaft. Es ist nicht die „Deutsche Tageszeitung“, den Streik für den „Verantwortlichsten“, der je stattgefunden habe, und dann fort:

„Aus Gedankenlosigkeit, die schon ganz andere Bewegungen bedachte, kann auf die Behauptung hereinkommen, es habe sich bei Leviné um das erste „politische“ Todesurteil seit dem Ende des letzten Krieges gehandelt, da gibt es nicht mehr. Politisch ist Leviné ein Mord; Leviné aber trägt mit den anderen Angehörigen der kommunistischen Regierung in München die Verantwortung für eine lange Reihe grausamer Mordtaten, die bis zum letzten Ausbruch, der wegen seiner und seiner Freunde rechtloser Gewalt und Völkerverwundlichkeit ist. Er ist noch mehr als andere Mitglieder dieser bestialischen Münchener Schreckensregierung der intellektuelle Urheber grauenerregender Mordtaten, die die Welt und Beschäuer rauherer Mörder, ein Volk, sondern ein wenigstens moralisch vielfachen des Schutzes also ist in München gerichtet worden. Und was der Jude Rosenfeld den jüdischen Völkerverwundlichen Leviné „edel“ und „rein“ hieß, so weiß er's selber viel besser.“

Sollte die „Deutsche Tageszeitung“, was man von annehmen muß, den Verhandlungsbericht im Prozess Leviné gefasst haben, so spricht sie mit der Behauptung Leviné sei schuld an den Mordtaten in München und insbesondere an der Ermordung der Galt, eine bewusste Lüge aus.

Wir können die Kundgebungen hoch niedriger Gesinnung nur recht sein. Definieren Sie doch dem letzten Arbeiter die Augen über den wahren Charakter der bürgerlichen Parteien.

Ein neuer Hochverratsprozess.

Die verdächtige Rolle Schneppenborfs.

München, 7. Juni.

In dem Hochverratsprozess gegen die Kommunisten führt Souber und Genossen vor dem Landgericht in München wurden auch die Minister Segel und Schneppenborf als Zeugen vernommen. Dabei erklärte Minister Segel, daß am 4. April in der bekanntesten Mitteilung das Verlangen nach Mordung, daß die Minister die Mordtat anerkennen sollten, zurückgewiesen habe. Auch bei einer späteren Ausweisung zurückschickte habe er die Zustimmung, an der Ausweisung der Mordtat mitzubewirken, entschieden zurückgewiesen.

Der als Zeuge vernommene Minister Schneppenborf betonte, daß das Verlangen eines Augsburger Deputierten, die Mordtat zurückzuweisen, in der letzten Sitzung entschieden

...wurde. Auf eine Frage von ... erklärte ...
...Schneppenhorst mit aller Bestimmtheit, es sei ausgeschlossen,
...er zu irgendeinem Zeitpunkt sich für die Räterepublik aus-
...sprachen habe.
Der frühere Handelsminister Simon sagte, Schneppen-
...horst sei geneigt gewesen, in ein Ministerium der
...Räterepublik einzutreten, wenn seine Partei einverstanden sei.
...Schneppenhorst hätte in Nürnberg für die Räterepublik wirken
...wollen. Weitere Ausführungen Simons veranlaßten Schnep-
...penhorst im Laufe der Verhandlung zu der Erklärung, daß
...in Frage gegen Simon stelle.

Kein Rücktritt Wiffels.

Die bürgerliche Presse berichtete vor einigen Tagen von
...genen Meinungsverschiedenheiten im Kabinett, wobei aber die
...widersprechendsten Darstellungen über die Ursachen mit-
...geteilt wurden. Daß starke sachliche Meinungsverschiedenheiten
...in der Reichsleitung bestehen, zeigt ja vor allem der kritische
...Teil der Denkschrift des Reichswirtschaftsamts, den wir an
...über der Stelle veröffentlichten. Im übrigen wird von zuständigen
...Stellen mitgeteilt, daß die Berichte von einem Rücktritt
...Wiffels nicht den Tatsachen entsprechen.

Die Provokation von Remscheid.

**Bewaffneter Ueberfall. Verschärfter Belagerungszustand.
Massenverhaftungen.**

Aus Remscheid wird uns geschrieben:
...Ohne den geringsten Anlaß rückte Freitag, den 6. Juni,
...früh 5 1/2 Uhr, eine Autokolonne Regierungstruppen in
...Remscheid ein, nahm 13 Genossen fest und verschwand
...wieder, nachdem sie einige Plakate angeklebt, nach denen
...der verschärfte Belagerungszustand über
...Remscheid und den Kreis Vennepe erklärt sei.
...Im Parteisekretariat der U. S. P. hauste die Gejell-
...schaft in gewohnter Weise. Man suchte nach Schiffsstücken
...und nahm wohllos Listen, Kartothekarten, Bücher längst
...verstorbenen Mitglieder mit. Das übrige wurde zu Boden
...geworfen und zertrümmert. In der Wohnung eines Genossen
...wurde das Rückengefährte kurz und klein geschlagen. Mit
...den Verhafteten ging man ebenfalls rücksichtslos um. Mit
...vorgehaltenem Revolver wurden sie zur Eile an-
...getrieben.
...Festgenommen sind die Genossen Braß, Mitglied der
...Nationalversammlung, Redakteur Grütz, Parteisekretär
...Hübner, Leng, Koch, Degen, Duff, Dr. Stammreich und
...Schliebski von der U. S. P., Schröder, Jffel, Herzog und
...Schäfer von der R. P. D.
...Den Genossen Braß suchte man zuerst in seiner Woh-
...nung auf, aber ohne ihn mitzunehmen. Braß ging sofort
...nach dem Volksbause, wo er trotz aller Protestes, trotz Hin-
...weis auf seine Immunität von drei Offizieren festgenommen
...wurde.
...Der Führer der morgens erschienenen Truppen hielt
...es nicht einmal für erforderlich, den Oberbürgermeister der
...Stadt von der Verhängung des Belagerungszustandes in
...Kenntnis zu setzen.
...Im Büchereibetrieb verbreitete sich die Nachricht von den Ver-
...haftungen in der Remscheider Arbeiterkassette. Spontan, ohne
...jede Verabredung, traten die Arbeiter in den General-
...streik.
...Eine Kommission, bestehend aus zwei Mitgliedern der
...U. S. P., einem Rechtssozialisten und einem Vertreter der
...Stadt Remscheid, wurden sofort nach dem General-
...kommando in Münster entsandt, um den Grund für den
...Ueberfall zu erfahren und die Zurücknahme der getroffenen
...Anordnungen zu erstreben. Auf telephonische Anfrage des
...Oberbürgermeisters von Remscheid, bei dem General-
...kommando wurde mitgeteilt, daß man dort mit der Sache
...nichts zu tun hätte, die ganze Angelegenheit sei dem Korps
...Bergmann unterstellt.
...Das Korps Bergmann teilte der Kommission mit, daß
...die Verhafteten in ein politisches Komplotz (!) ver-
...wickelt seien. Sie würden sofort entlassen werden, wenn
...ihre Unschuld herausstelle.
...Die Genossen von Ueberfeld setzten sich mit dem Reichs-
...kommissar Severing in Verbindung, doch war Severing
...schonlichsweise der Ueberfall auf Remscheid un-
...bekannt.
...Eine am Abend stattfindende Versammlung war von
...über 2000 Personen besucht und beschloß in stürmischer Er-
...regung die Fortführung des Generalstreiks.
...Noch am Freitag abend wurde eine Kommission, be-
...stehend aus dem Reichsgeordneten der Stadt Remscheid Dr.
...Lindewehr, dem Syndikus der Arbeitgeber Dr. Rüdike und
...dem Parteisekretär Eckhardt nach Berlin entsandt, um von
...der Regierung die Entlassung der Verhafteten und die
...Aufhebung des Belagerungszustandes zu verlangen.
...Im preussischen Ministerium konnte die
...Kommission keine Auskunft erhalten, da man dort auch nicht
...das geringste von der Sache wußte.
...Aber auch im Reichswehrministerium schien
...man von den Vorgängen in Remscheid nur durch den Tages-
...bericht des Generalkommandos vom 6. Juni informiert zu
...sein, demzufolge über Remscheid wegen Kommunisten-
...verbrechen der Ueberfall und der Belagerungszustand verhängt und
...14 Kommunisten verhaftet seien, weil sie die Behörden nicht
...beachtungsgemäß arbeiten ließen. Braß sei verhaftet wor-
...den, weil er einen Offizier mit dem Revolver bedroht (!)
...habe. Major von Gilla versicherte, daß vom Reichswehr-
...minister gegen Remscheid nichts unternommen wurde.
...Sowohl von dem Vertreter der Stadt Remscheid wie
...dem Syndikus der Unternehmer wurde mit aller Ent-
...schiedenheit ausgesprochen, daß kein Grund zur Vornahme
...solcher militärischen Aktion vorgelegen hätte. In der Stadt
...hätte völlige Ruhe geherrscht. Ueberhaupt hätte nur an
...wenigen Tagen seit der Revolution die Arbeit gerubt.
...Sonntag, den 9., teilte Herr Hauptmann Friederici
...der Kommission den Bericht aus Münster mit. Danach sei
...der Belagerungszustand vom Generalkommando Münster
...verhängt worden. Das Korps Bergmann habe lediglich
...die Ausführung. Als Gründe wurden angegeben: 1. Rem-
...scheid sei die Zentrale der kommunistischen Be-
...wegung Deutschlands. 2. Die Wahlen zum Ar-
...beitererrat seien nicht nach den Anordnungen des Ge-
...neralrates vorgenommen worden (!). 3. Der Arbeitererrat
...habe in Remscheid die Werbung von Freiwilligen
...betrieben. 4. Freiwillige seien in Remscheid belästigt wor-
...den. 5. Wegen Erpressungen.

Nach dem Bericht des ausführenden Truppenfelds sei
...Braß verhaftet worden wegen Raub, Erpressung
...und Bedrohung (!). Da er auf frischer Tat ertappt,
...hätte man Braß auch als Abgeordneten verhaften können.
...Zu den angeführten Gründen ist zu bemerken, daß es
...unmöglich sein wird, den Nachweis zu führen, daß Rem-
...scheid die kommunistische Zentrale Deutschlands ist. 2. Be-
...steht der Arbeitererrat zu recht. Er ist zusammengesetzt aus
...den drei sozialistischen Parteien; er hat an den Wahlen zum
...Rätekongreß teilgenommen und das Mandat ist vom Räte-
...kongreß anerkannt worden. 3. Die Werbung der Frei-
...willigen hat der Arbeitererrat auf Grund der Waffen-
...stillstandsbedingungen in der neutralen Zone
...zu recht verhindert. Allerdings sagte Hauptmann Friederici,
...diese Bedingungen seien uns aufgezungen worden. Als
...gute Deutsche hätte man in Remscheid ein Auge zu-
...brücken sollen, da die Freiwilligen ja nur dem Interesse
...des Vaterlandes (!) dienen.
...Die Verhaftung der Freiwilligen entstand dadurch, daß
...einige Ueberläufer mit Seitengewehr und Revolver nach Rem-
...scheid kamen, trotzdem sie wissen mußten, daß in der neu-
...tralen Zone bewaffnete Soldaten der Aufenthalt verboten
...war. Diesen Freiwilligen wurden von Unberufenen die
...Waffen abgenommen. 5. Von Erpressungen ist in Rem-
...scheid nichts bekannt.

Völlig absurd ist die Begründung der Verhaftung des
...Genossen Braß. Daß ausgerichtet Koskagarden kommen
...müssen, um unseren Genossen und Abgeordneten Braß beim
...Rauben, Erpressen und Bedrohen auf frischer Tat zu ertap-
...pen, ist sicher eine beachtenswerte Leistung und beweist
...schlüssig die Notwendigkeit des Erscheinens in Remscheid.
...Daß man auch im Reichswehrministerium das Gefühl
...hatte, daß das Vorgehen in Remscheid nicht zu begründen
...sei, ging aus den ganzen Verhandlungen hervor. Selbst
...Herr Koske, bei dem die Kommission zuletzt vorstellig
...wurde, kam aus Verlegenheitsgarnament nicht heraus.
...Zweifellos schien es ihm selbst nicht angenehm zu sein, daß
...die Herren vom Militär, ohne den Reichskommissar
...Severing zu verständigen, die Aktion unternommen
...hätten.

Der Fall Remscheid zeigt aufs neue, in welcher rücksichts-
...loser Weise die Militärkamarilla arbeitet. Jedes militä-
...rische Kommando arbeitet völlig selbständig, ja jeder Offi-
...zier handelt, wie es ihm gerade gut dünkt.
...Daß dadurch nicht nur die Ruhe einzelner Orte ge-
...fährdet, sondern auch das ganze Reich geschädigt werden
...kann, konnte in Remscheid schon beobachtet werden. Den
...bei Remscheid liegenden Engländern blieb das Er-
...scheinen der Regierungstruppen nicht lange unbekannt. So-
...fort wurden eine Anzahl Maschinengewehre in Stellung ge-
...bracht, selbst die Artillerie mußte aufmarschieren.
...Soweit der Bericht. Wir möchten hinzufügen, daß
...nach unserer Kenntnis die Besetzung Remscheids einen
...glatten Bruch der Waffenstillstandsbedingungen darstellt.
...Städte der neutralen Zone dürfen nur besetzt werden, falls
...Unruhen vorkommen. In Remscheid war davon nicht die
...Rede.
...Eine unerhörte Provokation ist die Verhaftung des
...Abgeordneten Braß. Sie ist eine freche Verletzung der
...Immunität. Bezeichnend ist, daß die Offizierskamarilla
...ihre politischen Gegner nicht nur verewaltigt, sondern ihnen
...auch noch die Ehre abschneidet. Wir möchten den Herr-
...schaften aber sehr deutlich sagen, daß vielleicht ziemlich viele
...von ihnen in Blünderungen und Raub sehr sachverständig
...sein mögen, aber kein Abgeordneter der Unabhängigen
...Sozialdemokratie.
...Wir sind nur neugierig, was die National-
...versammlung zu dieser Verschimpfung und Ver-
...höhnung, die ihr da von der Soldateska angetan wird,
...sagen wird.

Gewerkschaftliches.

Ein Kampffonds gegen das Räteystem.

Die „Republik“ veröffentlicht ein als vertraulich
...bezeichnetes Zirkular des Verbandes Berliner Metall-
...industrieller, das zur Sammlung für einen „Fonds zur
...Bekämpfung des Bolschewismus“ auffordert.
...Jeder Unternehmer soll 20 Mark pro Kopf der von ihm
...beschäftigten Arbeitnehmer zu diesem Fonds beisteuern.
...Der „Bolschewismus“, der mit Hilfe dieses Fonds be-
...kämpft werden soll, das sind die Erzeugnisse der
...Revolution, das Mitbestimmungsrecht, das Räteystem, die
...Sozialisierung. Die Arbeiterkassette erhebt daraus, wie
...nützlich sie es hat, auch ihrerseits sich einen Kampffonds zu
...schaffen, um die Nachenschaften der Unternehmer ab-
...zuwehren. Die Volkversammlung der Groß-Berliner
...Arbeiterräte hat die Bildung eines solchen Fonds beschlossen
...und erwartet, daß jeder mit Freunden sein Scherlein dazu
...beiträgt.

Der Streik in der Herrenwäschbranche.

Die Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche
...nahmen in einer stark besuchten Streikversammlung am 2. Juni
...den Bericht des Kollegen Selenski über die am 30. Mai stattge-
...fundene Verhandlung mit den Arbeitgebern entgegen.
...Den Arbeitgebern wurden am 27. Mai die endgültigen Forde-
...rungen der streikenden Arbeiterschaft unterbreitet. In der Ver-
...handlung am 30. 5. entrollten nun die Arbeitgeber ein lauschauf-
...artiges Programm, das nicht nur in der Entlohnung um 10 M.
...unter das Bestgeforderte ging, sondern sie liehen auch erkennen,
...daß die Arbeiter diesen angeblichen Wochensoldatendienst an-
...nähern verdienen können, aber eine Garantie (ein Muß) wurde nicht
...geboten. Die Kommission lehnte im Interesse der Kollegenschaft
...dieses Angebot und die weiteren Verhandlungen ab und wandte
...sich an das Einigungsamt. Die Herren Arbeitgeber gingen nun
...dazu über, jeden aus ihrem Betriebe streikenden Arbeiter und
...Arbeiterrinnen zum Sonntag einen Brief nebst einem gedruckten
...Tarif auszusenden, in dem sie die der Kommission zugehenden
...Wochensoldatendienste anführten. Sie versprachen sich von diesem ziem-
...lich löschlichen Gesichts jedenfalls, daß die zermürbte Arbeiter-
...schaft in hellen Scharen in die Betriebe läuft. Die Wochensol-
...datendienste fanden gleich ein augenscheinlicher Punkt obenan, aber
...der Werbefuß hinkte nach; denn es steht deutlich, diese Wochensol-
...datendienste können bei einer 48stündigen Arbeitszeit erzielt
...werden. (Wiso kein Muß)

Sämtliche Diskussionsredner unterstrichen die Ausführungen
...des Referenten und die Versammlung erklärte einstimmig, nach
...dem zugesandten Tarif die Arbeit nicht aufnehmen zu können, da
...dieser ihnen nicht die Garantie bietet, die angeführten Wochensol-
...datendienste verdienen zu müssen. Sie verlangen für den Zu-
...schauer 120 M., Plättlerin 70 M., Näherin 60 M. (für alle ande-
...ren Kategorien entsprechend) garantierten Wochensoldatendienst für
...einer 48stündigen Arbeitszeit, für eine Durchschnittskraft. Die
...Versammlung war auch damit einverstanden, daß die Kommission
...die Verhandlungen abgebrochen und das Einigungsamt ange-
...rufen hat.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 5, Industrie-
...arbeiter.** Am Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Gewer-
...schaftshaus, Engelauer 14/15, allgemeine Versammlung aller
...Bader, Lager- und Transportarbeiter usw. aus sämtlichen Betrie-
...ben der Groß-Berliner Metall- und Elektroindustrie statt, wo zu
...dem Endergebnis der Verhandlungen über das Kollektivabkom-
...men Stellung genommen wird.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband, Mineralwasserarbeiter,
...arbeiterinnen und Kutscher.** Mittwoch, den 11. 6. 19, abends
...7 Uhr, in Fritz Wiffels Festsaal, Sebastaistr. 30, Branchenver-
...sammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen
...mit den Arbeitgebern über Abschluß eines Korporativvertrages.
...2. Diskussion und Beschlußfassung.

Die Maschinenarbeiter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
...nahmen in ihrer Branchenversammlung am 3. Juni einen lehr-
...reichen Vortrag des Kollegen Siegle über Räteystem und Ge-
...werkschaften entgegen. Zum Bericht über die Lohnbewegung, den
...Kollege Müller erstattete, wurde mitgeteilt, daß bei der Firma
...Bühr und Wiese Löhne in Höhe von 65-75 Pf. für Frauen,
...1,80 M. für Hilfsarbeiter, Heizer 1,60 M. und Maschinenarbeiter
...2 M. pro Stunde gezahlt werden. Dieser Unternehmer steht
...immer noch auf dem Herrenstandpunkt und lehnt jede Verhand-
...lung mit der Organisation ab. Die Arbeiter müssen sich diesen
...Herren also noch ergeben.

Arbeiter - Telefunker. Die Arbeitszeit am dritten Feiertag
...ist: Tempelhofer Ufer 7 Uhr, Beuthstraße 1/2 Uhr, Friedrichstraße
...und Belle-Alliance-Straße wie üblich.

**Die Forderungen der Realistischer Hilfsarbeiterinnen und
...Hilfsarbeiter** sind nunmehr vom Magistrat auf Grundlage des
...Berliner Schiedsspruches bewilligt. Die Annahme dieser Forde-
...rungen durch die Angestellten erfolgte gegen 35 Stimmen. Da
...jedoch über einzelne Punkte, besonders für Kriegsbeschaffene usw.
...keine völlige Klarheit herrscht, auch die Entschädigungssumme in
...geteilten Säben, drei Viertel, die Hälfte, ein Viertel vom Gehalt,
...je nach Einstellung des Betroffenen, gezahlt werden soll, ist es no-
...wendig geworden, alle dem Realistischer Magistrat beschäftigten
...Kriegsbeschafften, Kriegsteilnehmer, Hinterbliebene usw. zu Mit-
...woch, abends 7 1/2 Uhr im Ideal-Kasino, Beuthstr. 3, zu einer Ver-
...sammlung einzuladen.

**H. W. Nord, Vertrauensleute, Kettlerstraße und Arbeiter-
...Ausgänge und Angestellten-Ausgänge** treffen sich am Mittwoch,
...den 11. 6. 19, vorm. 11 Uhr bei Hoffmann, Bismarckstraße 3.

Groß-Berlin.

Die Pfingstfeiertage.

Ungeheuer war der Menschenstrom, der sich in den beiden
...schönen Pfingstfeiertagen ins Freie ergoß. Wiederum verlagert
...die Beförderungsmittel, und vielen wurde der Ausflug leid gemacht
...durch die Beschränkungen bei der Rückkehr. — Erste haben
...wieder die Spitzhaken gehalten, die die Unzufriedenheit von Woh-
...nungsinhabern zu Diebstählen benutzten. — Auch Landstroläher wer-
...den gemeidet. In der Rathenower Str. 37 vergiftete sich eine
...junge Frau mit ihrem Kinde mit Gas. Die Mutter wurde durch
...die Feuerwehr wieder ins Leben zurückgerufen. Das Kind war
...tot. — Am Kaiserufer Ufer 20 wurden gestern eine Frau Schneider
...aus der Leynstraße in Panow mit ihrem fünfjährigen Töchterchen
...tot aus dem Wasser gezogen. — Eine Diebstahlschande spielte sich
...in der Heberstraße 42 ab. Der 30 Jahre alte Schweizer Richard
...Göy aus der Weinstraße 23 geriet in der Wohnung seiner Frau,
...einer 19 Jahre alten Selma Joppich, mit dieser wegen eines
...Pfingstausfluges in einen Wortwechsel, wurde dabei immer heftiger
...und zog schließlich den Revolver, schob damit seiner Frau
...in die linke Schläfe und gab, als diese zusammenbrach, noch
...mehrere Schüsse auf sich selbst ab, von denen einer die rechte
...Schläfe traf. Beide wurden von Sanitätswachmann schwerverletzt
...aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen ge-
...bracht. — Am Osthafen wurde die Leiche des Tischlers Hugo Bang-
...hammer aus dem Wasser gezogen. Nach einem Schreiben an seine
...Familie ist er in den Tod gegangen, weil er furchtete, gestopft
...zu werden.

Behördliche Hemmungen des Naturgenusses.

Erreuerlicherweise hat das Wandern in der Natur bei den
...großstädtischen Arbeitern und Arbeiterinnen einen solchen An-
...hang gefunden, daß große Massen dieser der Sonne besonders
...bedürftigen Menschen, die Feiertage verlass dazu ausnutzen, um
...ihre Lungen in frischer Waldluft läutern zu lassen. Zum Schutze
...von etwaiger Unbill der Bitterung pflegte man wohl auch ein Zeit
...aufzuschlagen und nun kann es auch mal flukieren und regnen,
...das macht der fröhlichen Stimmung keinen Abbruch.
...Ja, wenn unsere Polizeiorgane mit ihren neuen Vorschriften
...nicht wäre! Die Regierung in Potsdam hat beispielsweise
...verfügt, daß Festscheine nur Personen erhalten, die glaubhaft
...nachweisen, daß sie Touristrunderer oder Sogier sind. Wanderer
...erhalten solche Scheine nicht. Warum dies? Soll der Genus der
...bisher noch freien Natur ein Bräutigam der Bemittelten sein? Be-
...dürfen nicht gerade die Arbeiter des Volkes der weitestgehenden
...Erholung in der Natur? Mit dergleichen die ärmere Bevölkerung
...treffenden Bestimmungen muß endlich aufgeräumt werden. Wozu
...überhaupt Festscheine? Ruß denn bei uns alles reglementiert
...werden, auch das harmloseste Vergnügen? Unsere behördlichen
...Organe sind doch zu verbuenauftrastiert!

Keine Entschuldigungssummen mehr.

Die von der letzten Stadtverordnetenversammlung an einen
...Ausschuß überwiesene Vorlage über die Fassung einer Ent-
...schuldungssumme an die Beamten, Postangestellten und Lehrer
...hat eine grundsätzliche Änderung insofern erhalten, als der
...Ausschuß grundsätzlich die fernere Zahlung von Entschuldigungs-
...summen ablehnt. Es soll auf eine baldigst vorzulegende Be-
...sorgungsordnung eine Abschlagszahlung in Höhe von 1000 M.
...für Ledige, 1200 M. für Verheiratete und 200 M. für jedes Kind
...gezahlt werden. Diese Beiträge sollen dann angedreht werden.
...Die Supernumerare sollen 200 Mark monatlich erhalten, die
...früher nichts bekamen. Diese Klasse von Leuten, die von ihren
...Angehörigen unterhalten wurden, arbeiteten bisher unentgeltlich,
...weil sie ihre Lehrtätigkeit zur Vorbereitung für höhere Stellen be-
...nutzten. Durch die Unentgeltlichkeit waren die höheren Stellen
...nur Angehörigen bestimmter Kreise vorbehalten. Damit soll auf-
...geräumt werden.

Der Magistrat von Schöneberg will beim Minister des Innern
...dahin vorstellig werden, daß Soldaten, welche im inneren Dienst
...insbesondere zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Versamm-
...lungen gebraucht werden, nicht mehr mit Handgranaten aus-
...gerüstet sein sollen. Unserer Meinung nach haben Soldaten
...überhaupt mit dem Versammlungswesen nichts zu tun.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters
...findet am Dienstag, den 10. Juni 1919 in der Philharmonie,
...Bismarckstraße 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr.
...Eintreitspreis 30 Pf.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie, Bezirk Norden.
...Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Hilde-
...brandstraße 42.

